



Socialist Fight

Mehr Informationen von der CoReP erhalten Sie unter:
www.revolution-socialiste.info/CoReP.htm

Kontakt: Gruppe Klassenkampf, Stiftgasse 8, 1070 Wien,
Mail: gruppe.klassenkampf@gmail.com



*** Entschädigungslose Verstaatlichung der Banken und Finanzhäuser unter Arbeiter- und gesellschaftlicher Kontrolle!**
*** Keine Entlassungen! 30-Stunden-Woche!**

*** Keinen Mann und keinen Groschen für den Krieg in Afghanistan!**
*** Fordert die Gewerkschaftsbürokraten auf, den Kapitalismus zu bekämpfen und mobilisiert die Basis unabhängig von ihnen, wenn sie das ablehnen!**

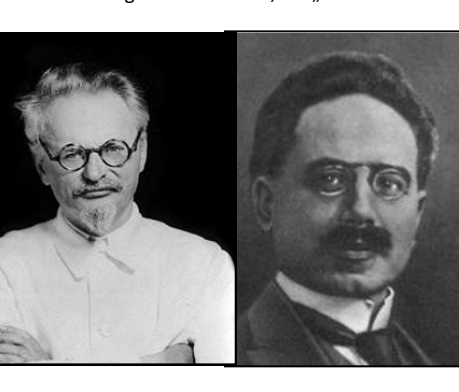
Die Bilanz der seit vielen Jahren an der Berliner Stadtregierung beteiligten Partei Die Linke ist eine jämmerliche. Nun hat Die Linke im Westen (Saarland) einen Durchbruch geschafft – was soll das ändern? Ihre Opposition zum „neo-liberalen“ Kapitalismus ist rein abstrakt. Mit der Realität der Verwaltung des Kapitalismus konfrontiert, hat sie selbst in vorderster Front brutale Angriffe auf die Arbeiter durchgeführt. Trotz allem aber hat Die Linke als eine der wenigen „linken“ Parteien in Europa dem Trend bei Wahlen getrotzt: Im Gegensatz zu den Prügeln, die andere sozialdemokratische Parteien bei den Europaparlamentswahlen im Juni 2009, in drei deutschen Ländern im August und bei den Bundestagswahlen im September bezogen haben, konnte sie deutlich zulegen. Im Saarland steigerte sie sich von 2,3 % (2004) auf 21,3 %, in Sachsen konnte sie 23,6 % und in Thüringen beeindruckende 27 %

erreichen und in einigen Fällen sogar die SPD überholen. Vielleicht gab es im Saarland die enthüllendsten politischen Ereignisse die zeigten, in welche Richtung Die Linke geht: In Lafontaines politischer Heimat gab es zwei Koalitionsvarianten. Die Grünen bildeten das

Zünglein an der Waage und führten zwei getrennte Verhandlungen (mit der FDP und Die Linke) und erhielten „zwei nahezu gleichwertige“ Angebote von ihren potenziellen Partnern. Mit anderen Worten: Es gab keine bemerkenswerten Unterschiede in der der Art und Weise, mit der die Führung der Linke und die rechte FDP den Kapitalismus verwalten wollten. Die SPD hatte vor diesen Wahlen erklärt, dass auf Länderebene Koalitionen mit der Partei Die Linke akzeptabel wären, um so ihr „linkes Gesicht“ zu zeigen, nachdem sie durch ihre Rolle bei der Umsetzung der neo-liberalen Politik während ihrer eigenen Amtszeit und dann in der Großen Koalition mit Angela Merkels CDU ihre Popularität verspielt hatte. In Thüringen lehnte die SPD eine rot-rote Koalition ab, in Brandenburg hingegen akzeptierte sie eine solche auf der Grundlage eines brutalen Programms der Arbeitsplatzvernichtung und der Kürzung öffentlicher Ausgaben. In Brandenburg haben sich SPD und Linkspartei prinzipiell auf ein Personalabbaupaket für die kommenden fünf Jahre geeinigt. Die SPD möchte bis 2019 10.000 Arbeitsplätze in der öffentlichen Verwaltung vernichten, also ein Fünftel aller Jobs in diesem Bereich, und hat auch für andere Sektoren Einschnitte angedroht.

Die Unterschiede in der Koalitionsfrage sind nicht prinzipiell, denn auf Länderebene zählen Prinzipien ja offensichtlich weniger. Auf Bundesebene

hingegen werden scheinheilig große Differenzen vorgegaukelt, wie z. B. über die Unterstützung der SPD für die Truppen in Afghanistan („Der Hauptfeind steht im eigenen Land“) und Kürzungen bei den Sozialleistungen. Heute beschränkt sich Die Linke auf die Verteidigung der „sozialen Marktwirtschaft“ und unterscheidet sich von der SPD nur durch ihren Widerstand gegen den neo-liberalen Kapitalismus. Das erinnert an die Politik der britischen SWP (die sich kürzlich gespalten hat) innerhalb ihrer Frontorganisation RESPECT, die Tony Blairs „New Labour“ durch einen Rückgriff auf „Old Labour“ bekämpfen wollen – bringt uns doch die gute alte Zeit von Willy Brandt und Harold Wilson zurück! Die populistische Politik Oskar Lafontaines führte zu einer Anbiederung an Rassismus und Ausländerfeindlichkeit – etwa die Aberkennung der Staatsbürgerschaft für alle, die „ nicht Deutsch



sprechen, ihre Steuern nicht bezahlen und keinen Anteil zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaates“ leisten. Das gleicht Gordon Browns „Britische Jobs für britische Arbeiter“ und spielt punktgenau in die Hände der Nazis, indem es ihre Politik aufgreift und ihnen damit Respektabilität verleiht. Stefan Bornost von Marx21, der entristischen Gruppe der SWP in Der Linken, meint hingegen: „Für die Linke ist es politischer Selbstmord, in wirtschaftlichen Krisenzeiten an einer Regierung teilzunehmen“. Es ist also eine schlechte Taktik, in Krisenzeiten bei der Unterstützung des Kapitalismus ertappt zu werden, viel besser wäre es, eine scheinbare Opposition für mehr öffentlichen Konsum zu spielen statt für den Sturz des Kapitalismus einzutreten. Die andere Oppositionsgruppe ist die Sozialistische Linke, die zahlreiche Stalinisten aus dem Osten und Linke und Gewerkschafter aus dem Westen umfasst, die ein bisschen revolutionäre Propaganda betreiben.

Deshalb ist Die Linke keine „sozialistische Alternative“ zur SPD, sondern nur eine weitere reformistische kapitalistische Partei mit einer radikalen Arbeiterbasis. Die SPD ist aber auch eine bürgerliche Arbeiterpartei, die eine Basis in den konservativeren und daher privilegierten Sektoren der Arbeiterklasse hat. Revolutionäre Sozialisten wenden daher gegenüber diesen Parteien, die bereits an bürgerlichen Regierungen, welche die Arbeiter verraten, teilgenommen haben und auch weiter an

ihnen beteiligt sein wollen, eine flexible Taktik an.

Unser Programm beruht auf der Arbeitereinheit-front: Mit den Bürokraten, wenn sie kämpfen, gegen die Bürokraten, wenn sie uns verkaufen – was sie häufig tun! Das ist die Grundlage von Lenins Kampf gegen ultralinke Strömungen am II. Kongress der Kommunistischen Internationale 1920. Dieser Kampf war die Grundlage für Trotzki's Übergangsprogramm von 1938.

Rein propagandistische Gruppen wie die SPdA, welche die Teilnahme an Kämpfen für „die elementaren Interessen und Bedürfnisse der Arbeitermassen, wie sie sich heute darstellen“ (Übergangsprogramm) ablehnen und nur andere linke Strömungen attackieren, können per definitionem nichts und niemand anführen. Und selbst wenn sie es versuchten, wie 1989 beim Treptower Park,

kapitulierten sie kläglich vor den Stalinisten und der sogenannten „Roten Armee“ (ein Name, den dieses Heer seit den späten 20er Jahren nicht mehr verdiene). Andere, wie die GAM, sind besser darin, Forderungen an die Bürokratie zu formulieren, um sie

dann zu entlarven, aber ihre Illusionen, dass Gruppierungen wie das Europäische Sozialforum und die französische NPA mittels nichtproletarischer Schichten ihre Fünfte Internationale aufbauen werden, ist verfehlt. Wir gründen unser Programm auf die vier großen Revolutionäre, die auf diesem Flugblatt abgebildet sind, nicht auf verräterische Reformisten wie Bernstein oder Konterrevolutionäre wie Noske, Scheidemann und Ebert oder Josef W. Stalin, welche die politischen Vorläufer von SPD und Die Linke heute sind.

Deshalb ist das Erbe der Vier so wichtig: „Kein Sozialismus ohne Demokratie“, wie Rosa Luxemburg mit einem berühmten Satz erklärte. Das bedeutet, dass die Arbeiterklasse selbst Reaktion und Faschismus besiegen muss und auch nur selbst die sozialistische Gesellschaft errichten kann. Aber die Arbeiterklasse braucht eine revolutionäre Partei, und so müssen wir jenen eine klare Absage erteilen, die Luxemburg Lenin gegenüberstellen wollen – wir brauchen eine revolutionäre Partei, die den revolutionären Bestrebungen für die Befreiung der Menschheit eine Stimme verleiht und diese Bestrebungen anleiten kann.

Dafür brauchen wir sowohl das Erbe von Lenin wie das von Luxemburg. Das ist die wirkliche revolutionäre Tradition, die wir heute feiern sollten, nicht die reformistische Kapitulation der Partei Die Linke vor dem Kapitalismus.



Socialist Fight

More Information on the CoReP can be found at:
www.revolution-socialiste.info/CoReP.htm

Contact: Gruppe Klassenkampf, Stiftgasse 8, 1070 Wien,
Mail: gruppe.klassenkampf@gmail.com



**Nationalise the Banks and Finance houses without compensation under workers and community control!
No redundancies! 30 hour working week!**

**Not a man, not a penny for the wars in Afghanistan!
Demand the TU bureaucrats fight capitalism and mobilise the rank-and-file independently when and if they don't!**

The record of Die Linke in government in Berlin for many years is a sorry one. Now Die Linke has got a breakthrough in the West (Saarland), what is to be different? Their opposition to "neo-liberal" capitalism is only abstract: faced with the realities of administering capitalism they have even been in the front-row of carrying out blatant attacks upon workers... however, Die Linke is the party of the left in Europe that has bucked the electoral trend; despite the drubbing handed out to other social-democratic parties in recent European elections in June 2009 and in 3 German Lander in August and Federal elections in September it has advanced strongly. In Saarland, they went from 2.3% in 2004 to the current 21.3%, while scoring 23.6% in Saxony and an

even more impressive 27% in Thuringia, in some cases even outpolling the SPD. Perhaps it was in Saarland that the most revealing political events occurred that gave a strong indication

of where the party was heading - there were two possible coalitions in Lafontaine's home state: The Greens held the balance of power, conducted two sets of negotiations and then received "two nearly equivalent" offers from their potential partners. In other words there was no discernable difference between the way that Die Linke leadership proposed to administer capitalism and how the right-wing FDP proposed to do it. The SPD indicated before these elections that Lander coalitions were acceptable to them, desperately seeking to adopt a left face because of unpopularity at their role in the imposition of neo-liberal policies during their previous majority and subsequent Grand Coalition governments with Angela Merkel's CDU. In Thuringia the SPD rejected a red-red coalition with Die Linke but in Brandenburg It accepted one on the basis of a savage programme of cuts in jobs and public spending. The SPD and Left Party in Brandenburg have agreed in principle on an extensive job reduction package for the next five years! The SPD wants to slash 10,000 jobs in the state administration by 2019, i.e., a fifth of all such jobs and has also promised cuts in a range of other areas. The difference is not of principle,

because they are conducted at Lander level where principles do not count apparently, but at Federal level they hypocritically claim there are big differences, such as over the SPD support for the troops in Afghanistan ("der Hauptfeind steht im eigenen Land"!) and cuts in social spending. Today Die Linke is limited to defending the German 'social market economy' and differs from the SPD only in opposing neo-liberal capitalism. This is similar to the British SWP's policy when in Respect of rejecting Tony Blair's New Labour by harking back to 'Old Labour' — bring back the good old days of Willy Brandt and Harold Wilson! Oskar Lafontaine's populist politics have seen him flirting with racism and xenophobia against immigrants: he

flexible tactics towards these parties, which have and will again form capitalist governments which betray the workers.

Our Programme is based on the workers' united front: with the bureaucrats we when they fight and against them when they sell out, as they frequently do! This is the basis of Lenin's struggle against ultra-leftist currents at the Second Congress of the Comintern in 1920. That struggle was the foundation of Trotsky's Transitional Programme of 1938. Those Groups who are purely "Propagandist" like the SpAD who refuse to participate in fighting for "the elementary interests and needs of the working masses, as they are today." (Transitional Programme) and only attack other leftist currents by definition

can never lead anything. And even when they did make an attempt at Treptow Park in 1989 they capitulated pathetically to the Stalinists and the so-called "Red Army" (it did not deserve this name after the late 1920s). Others like



said he wanted to withdraw citizenship from all those who "don't speak the German language, don't pay their share of taxes or help finance the social state"! This is similar to Gordon Brown's "British jobs for British workers" and plays straight into the hands of the Nazis by echoing their policies and giving them respectability. However Stefan Bornost of Marx21, thinks "It is political suicide for the left to take part in government during times of economic crisis", i.e. the Socialist Workers Party's entryist group in Die Linke, instead of seeking to overthrow capitalism, believe that it is bad tactics to be seen to support capitalism in times of crisis, best to adopt a sham opposition for public consumption. The other main opposition group is the Sozialistische Linke, contains many Stalinists from the East and leftists trade unionists from the west who make some revolutionary propaganda.

This is why Die linke is no "socialist alternative" to the SPD but another bourgeois workers' party with a radical working class base. But the SPD is also a bourgeois-workers party which has a base in the more conservative and hitherto privileged sections of the working class. Revolutionary socialists therefore adopt

the GAM are better in placing demands on the bureaucrats to expose them in practice but their illusion that groupings like the European Social Forum and the French NPA are going to build their Fifth International by non-working class forces is wrong! We base our programme on the writings and actions of the four great revolutionaries pictured here, not the sell-out reformists like Bernstein, or the counter-revolutionary Noske, Scheidemann and Ebert and Joseph Stalin, who are the political antecedents of both the SPD and Die Linke today.

Here is why the legacy of all 4 of these is so vital. "No socialism without democracy" as she famously proclaimed means the working class themselves must defeat reaction and fascism and only it can institute the socialist society. But the working class does need a revolutionary party to lead it so we must reject those who counterpose Luxemburg to Lenin — we need a revolutionary party to give voice to, to guide and direct the revolutionary aspirations for human liberation of the masses and for that we need the legacy of both Lenin and Luxemburg. This is the real revolutionary tradition we should celebrate today, not Die Linke's reformist capitulation to capitalism.

Contact: Socialist Fight: PO Box 59188, London, NW2 9LJ. Email: Socialist_Fight@yahoo.co.uk